

Vielfalt hat noch keinem geschadet



Vegane Vielfalt: Realität oder doch nur Theorie? (Foto: seg)

Die Tierrechtsorganisation People for the Ethical Treatment of Animals (PETA) untersucht bei den Studierendenwerken das vegane Angebot in den Mensen und Cafeterien. Als eine von sechs erhielt auch das Studierendenwerk der Universität Duisburg-Essen (UDE) die Ehrung als „Vegan-freundlichste Mensa 2017“ – zum vierten Mal in Folge. Bei den Bewertungskriterien werden jedoch wichtige Aspekte außer Acht gelassen und auch die häufig zelebrierte Vielfalt ist mehr Schein als Sein.

PETA fragt unter anderem danach, ob täglich vegane Gerichte angeboten werden. Dabei geht es nicht nur um Hauptgerichte, sondern auch um Vor- und Nachspeisen und Snacks. Einen weiteren Punkt gibt es für das Anbieten von Pflanzendrinks zur Verfeinerung von Kaffeespezialitäten. Außerdem wird darauf geachtet, ob es Schulungen für die Mitarbeiter*innen gibt. „In der gastronomischen Ausbildung [kommen] pflanzliche Alternativprodukte wie Tofu und Co. teilweise gar nicht oder nur in der Theorie vor“, so PETA auf ihrer Internetseite. Zur Kriterienpalette gehören außerdem Aktionswochen in Mensen und Cafeterien. Nach Meinung der PETA-Organisation ist es unerlässlich, „die Vorteile bezüglich Gesundheit, Umweltschutz und Tierrechten sowie den Zusammenhang zwischen unserem Konsum und dem Welthunger zu erkennen“. Ein letzter Kri-

tikpunkt ist, ob das Studierendenwerk ausreichend Werbung macht, um das Interesse am veganen Angebot zu steigern. Laut PETA erfüllt das Mensa-Essen der Universität Duisburg-Essen im besonderen Maße diese Prämissen.

Geschmacksfrage ungeklärt

Bewertet werden allerdings nur die Zutaten, eine Probe findet nicht statt. Warum sollten sich Fleischesser*innen für ein veganes Menü entscheiden, wenn es nicht schmeckt? „Da gibt es geschmacklich meiner Meinung nach eine 50/50 Chance, die aber auch auf alles andere zutrifft“, findet Rebekka, Studentin an der UDE. Bei der viel beworbenen Burgerwoche ist gerade mal einer der fünf angebotenen Burger vegan. Immerhin überzeugt das Gericht mit seinem Geschmack. „Der Falafel-Burger ist der absolute Renner, den essen auch die Fleischesser*innen gerne“, sagt Alina, ebenfalls Essener Studentin. Was aber tut man als Veganer*in, wenn einem die eine vegane Speise nicht zusagt? Ein*e Fleisch-

esser*in hat in der Mensa hingegen mehrere Auswahlmöglichkeiten.

Von den täglich fünf Gerichten gibt es neben dem Salatbuffet jeweils ein einziges veganes Gericht, manchmal zusätzlich ein vegetarisches. In anderen Mensen sieht das anders aus. Die Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn bietet auf drei Etagen sieben Gerichte an, von denen zwei vegetarisch und zwei vegan sind, hinzu kommt noch ein Buffet mit vegetarischen und veganen Speisen und zwei Salatbuffets. Hier wurden nur drei Sterne verliehen.

Unausgeglichenes Angebot

Hinzu komme, dass das vegane Gericht zwar nur 1,80 Euro koste, aber häufig nicht satt mache, weil die Portionen einfach zu klein seien, sagt Jonas, Student der UDE. „Oft bin ich dann im ersten Moment satt, habe aber eine Stunde später wieder riesen Hunger“, beklagt er. Wenn man noch ein oder zwei Beilagen dazu nehme, komme schnell eine schöne Summe zusammen, fügt er hinzu. Irgendwo hapert es also vielleicht auch an den Schulungen für die Mitarbeiter*innen. Entweder werden alternative Zubereitungsmöglichkeiten unzureichend vermittelt, oder das neu erlernte Wissen wird mangelhaft umgesetzt. Zum Beispiel besteht das vegane Brötchenangebot auch aus Wurst- und Käseimitaten, statt einer gesunden Alternative. Laut dem Studierendenwerk liegt der Grund für das unausgeglichene Angebot bei

Freie Wahl



Vom 27. 11 bis 1.12 findet die Wahl zum Studierendenparlament statt. Was die Listen zu hochschulrelevanten Themen sagen, lest ihr auf den **Seiten 4-5**

Freie Entscheidung



Eine Gießener Ärztin informiert über Schwangerschaftsabbrüche. Warum sie dafür angefeindet wird: **Seite 7**

akduell im Netz

Alle Artikel, die Möglichkeit zu kommentieren und noch viel mehr gibt es unter: www.akduell.de. Auf Facebook findet ihr uns unter www.facebook.com/akduell/ und bei Twitter via [@akduell](https://twitter.com/akduell).

der Nachfrage. „Wir schauen was am meisten angenommen wird und am beliebtesten ist. Die Renner sind seit Jahren die gleichen, also Schnitzel und Burger zum Beispiel“, erklärt Johanne Peito, Leiterin der Stabsstelle Kommunikation & Kultur des Studierendenwerks. Alle Beilagen würden dafür mittlerweile nur noch mit Pflanzenfett zubereitet.

Das Ziel sollte sein, das studentische Interesse an veganem Essen zu steigern und damit auch die Tier- und Umwelt zu schützen. Mehr tierproduktfreie Speisen leisten nicht nur einen wertvollen Beitrag zur Vermeidung von tierischen Lebensmitteln zweifelhafter Herkunft, sondern auch zur CO₂-, und vor allem zur Methan-Einsparung. Laut der Internetseite des Umweltbundesamt (UBA) „stellt [die Landwirtschaft] mit über 57 % die größte Emissionsquelle für Methan dar.“ Der Anteil werde noch zunehmen, denn „die Nachfrage nach Fleisch und Milchprodukten steigt mit wachsendem Wohlstand in Schwellen- und Entwicklungsländer“, äußerte sich das UBA gegenüber dem Radiosender *Deutsche Welle*. Trotz der mittlerweile vierten Auszeichnung durch PETA, gibt es also noch erheblichen Verbesserungsbedarf. [seg]

Raus aus der Blase - rein in die Praxis

Kommentar

Purer Zynismus

von Dennis Pesch

Im Frühjahr diesen Jahres hat die Landesregierung in Baden-Württemberg Studiengebühren für Nicht-EU-Bürger*innen eingeführt. Nun sind die ersten Studierenden-Zahlen eingetroffen und das Land erlebt einen Rückgang von 26 Prozent der internationalen Studierenden. Die Debatte dreht sich nach der Veröffentlichung aber weniger darum, ob es sich überhaupt um eine sinnvolle Maßnahme handelt, sondern vor allem um die Qualität der Bewerbungen und die Angst um die Internationalisierung von Hochschulen.

Das ist zynisch, denn mit den Betroffenen wird kaum gesprochen. Eher entsteht der Eindruck, dass sich das Land und die Hochschulen über das Image und die Finanzen des Landes sorgen. Dabei sollte es zu allerletzt darum gehen. Bildung muss für alle unabhängig von der Herkunft gleichberechtigt zugänglich sein. Mit Konzepten wie Studiengebühren wird das jedoch untergraben. Auch Ausnahme-Regelungen – wie in NRW geplant – werden nur wenig Abhilfe schaffen. Die deutsche Bürokratie ist bei Menschen mit Migrationshintergrund besonders repressiv, Rassismus gehört für viele Migrant*innen zur Tagesordnung, ob nun in den Institutionen oder auf der Suche nach Bildungs- und Arbeitsmöglichkeiten. Das zeigen diverse Studien.

Gar nicht ausmalen möchte man sich was passiert, wenn die immer andauernde kapitalistische Krise sich in den kommenden Jahren weiter verschärft. Schon heute arbeiten viele Studierende in prekären Beschäftigungen, haben bis zu drei Jobs, um ein Studium zu finanzieren. Nicht wenige stürzen diese Verhältnisse in die Depression oder ins Burn-Out. Ein guter Start ins Leben sieht so nicht aus. Für internationale Studierende wird dann noch einer drauf gesetzt und am meisten leiden werden darunter die, die wenige finanzielle Möglichkeiten haben. Die Studierenden werden teilweise hohe Schulden aufnehmen müssen. Das ist ohnehin eines der größten Hindernisse, auch für Studierende aus nicht-akademischen Haushalten, ein Studium überhaupt aufzunehmen.

Und dass am Ende die Hochschulen und später die Qualität der Forschung leiden wird, setzt dem ganzen nur die Krone auf. Ein politisch verantwortbares, soziales und zukunfts-fähiges Konzept wie Bildung organisiert wird, sieht so jedenfalls nicht aus. Dabei haben wir noch nicht mal darüber gesprochen, wie schlecht organisiert das Studien-System auch ohne Studiengebühren schon ist.



Authentisch die Fremdsprachenkenntnisse aufbessern – das verspricht das Café Lingua (foto: Orga Café Lingua)

Bereits im Sommersemester startete das Studierendenwerk der Universität Duisburg-Essen (UDE) am Campus Duisburg das Pilotprojekt „Café Lingua“ – ein Sprachcafé, das Interessierten ermöglichen soll, sich in authentischer Atmosphäre mit Muttersprachler*innen und anderen Lernwilligen in der gewünschten Fremdsprache auszutauschen. In diesem Semester ist das Projekt an beiden Campi angekommen. aktuell-Redakteurin Mirjam Ratmann hat es in Essen getestet.

„Habras español? (Sprichst du Spanisch?)“, „Äh sí un poco (Äh ja, ein bisschen)“ – mehr bekomme ich nicht heraus, als ich im Café Rosso stehe und mich nach der spanischen Sprachinsel umschaue. Ich ärgere mich: Eigentlich sollte ich mehr als einen stotternden Satz herausbringen. Drei Jahre Spanischunterricht in der Schule, inzwischen der dritte Sprachkurs an der Uni und trotzdem fühle ich mich nicht fähig die Sprache fließend zu sprechen.

Viele kennen dieses Szenario: Die Zeitformen werden beherrscht, Filme in der Originalfassung geschaut, aber wenn es ans Sprechen geht, hakt es. Zu viele Pausen zwischen Sprachkursen, zu wenig Praxis. So geht es nicht nur mir, sondern vielen Studierenden, wenn sie eine Fremdsprache erlernen oder an einer Uni im Ausland ihr Studium aufnehmen. „Laut Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks (DSW) gehört es zu den größten Herausforderungen für internationale Studierende, Kontakte zu deutschen Studierenden zu knüpfen und sich in der deutschen Sprache zu verständigen“, erklärt Luciano Oliveira, zuständiger Kulturreferent des Studierendenwerks Essen-Duisburg. Der gebürtige Brasilianer hat das „Café Lingua“ mit ins Leben gerufen.

Auch Gaby, die an der UDE studiert, bestätigt Oliveiras Aussage: „Als Erasmus-Student lebt man oft nur in einer Blase und kommt wenig mit Einheimischen in Kontakt“, so die 25-Jährige über ihre eigene Auslandserfahrung. Auch deshalb hat sie gleich zugesagt, als sie die Möglichkeit bekam, beim „Café Lingua“ mitzumachen: „Luciano und ich kannten uns schon vorher aus einem Sprachkurs, somit war das Interesse an Sprache und Kultur bei uns beiden schon da.“ Sie ist eine von meh-

renen Language-Guides, die, in ihrem Fall an der Deutsch-Sprachinsel, Gespräche von Interessierten moderieren und bei Problemen mit Vokabeln oder ähnlichem Hilfestellung geben soll.

„Die Language Guides sind Freiwillige, die entweder Muttersprachler sind oder die Sprache mindestens auf C1-Niveau beherrschen“, erklärt Oliveira. Beim Sprachcafé sind sie jedoch keine Lehrer*innen, die Sprachunterricht geben, sondern eine Art Gastgeber*innen, „die jeden Teilnehmer individuell wahrnehmen und in das Gespräch integrieren sollen“, sagt der Kulturreferent, „Im Regelfall passiert das ganz natürlich, weil sich die Teilnehmenden aneinander anpassen.“

Authentische Sprachsituation?

An der Spanisch-Sprachinsel passiert das an diesem Abend leider nicht. Zunächst soll jede*r sagen wie lange er*sie schon Spanisch spricht. Ich merke relativ schnell, dass Anfänger*innen am Tisch sitzen, ebenso andere, die schon etwas geübter sind. Die meisten sind deutsche Muttersprachler*innen. Zunächst sammeln wir Vokabeln, die mit einem bestimmten Buchstaben anfangen, anschließend spielen wir „Wer bin ich?“ auf Spanisch. Ein richtiger Dialog, wie er an anderen Tischen zu beobachten ist, entsteht nicht. „Unser Ziel ist es nicht, die ideale Sprechsituation für Anfänger, sondern eine reale Begegnung zwischen Sprachinteressierten zu ermöglichen“, erläutert Oliveira. Authentisch fühlt sich mein Abend am Spanisch-Tisch, umringt von deutschen Muttersprachler*innen, allerdings nicht an.

Das Sprachangebot wechselt von Termin zu Termin. „Bis jetzt waren Deutsch, Englisch, Spanisch, Französisch, Japanisch, Arabisch, Russisch, Chinesisch, Türkisch, Italienisch und Portugiesisch vertreten“, sagt Kulturreferent Oliveira. Wird eine Sprache besonders stark nachgefragt, so wie an diesem Abend Deutsch und Englisch, werden zwei Gruppen gebildet. Nicht immer gehen die Teilnehmenden nach dem Café Lingua getrennte Wege: „Ich habe auch schon gesehen, dass Leute danach noch zusammen was trinken gegangen sind“, sagt Gaby. Nun, bei soviel positiver Resonanz werde ich dem Ganzen wohl noch eine zweite Chance geben.

[rat]

"Der Workload in der Uni ist zu hoch"

Ghostwriter*innen haben sich in den vergangenen Jahren einen lukrativen Job geschaffen. Immer mehr Studierende geben Haus- und Abschlussarbeiten in Auftrag, statt sie selbstständig zu schreiben. Allein die Ghostwriting-Agentur Acad-Write schrieb im Jahr 2015 200 Arbeiten für ihre Auftraggeber*innen – und lässt sich bis zu fünfstelligen Summen auszahlen. aktuell-Redakteur Philipp Frohn sprach mit dem Studenten Dieter K.* darüber, warum er einen Ghostwriter beauftragen

aktuell: Warum würdest du die Arbeit nicht einfach selbst schreiben?

Dieter K.: Ein normaler Vollzeitstudierender hat um die zehn Seminare pro Woche – also 20 Semesterwochenstunden. In jedem muss er einen Text lesen und dazu noch Arbeiten schreiben. Ich glaube, dass das kaum jemand schafft. Zumal die meisten Studierenden – wie ich auch – nebenbei noch arbeiten müssen. Da fehlt natürlich die Zeit und das Schreiben einer Hausarbeit frisst auch immer viel davon. Das Hauptproblem ist, dass der Workload so groß ist und Zeitdruck herrscht.

aktuell: Würdest du bis zu mehrere tausend Euro für eine Abschlussarbeit aufbringen können und wärst du überhaupt bereit, so viel zu zahlen?

Dieter K.: Das ist, glaube ich, von Hausarbeit zu Hausarbeit unterschiedlich. Für eine Bachelorarbeit wäre ich schon bereit, um die 800 bis 1.000 Euro hinzulegen. Die soll dann natürlich auch ein gutes Ergebnis erzielen. Das ist sehr teuer, aber man will sich auch keinen Schund ins Haus holen. Qualität hat halt seinen Preis.

aktuell: Was hält dich eher davon ab, einen Ghostwriter zu beauftragen? Das Geld oder das schlechte Gewissen, falls du es überhaupt hast?

Dieter K.: Die geldliche Komponente würde mich nicht unbedingt aufhalten. Eher würde mich das schlechte Gewissen plagen. Ein Bachelor- oder Masterabschluss sollte ja schon aus eigenen Leistungen und dem eigenen Gedankengut entspringen.

aktuell: Und du hättest keine Angst, aufzuflogen?

Dieter K.: Doch, natürlich. Die Gefahr, erwischt zu werden, ist sehr groß. Vor allem wäre es ärgerlich, das bisherige Studium in den Sand zu setzen. Bei mir wären es vier Jahre, die für die Katz wären. Das wäre ein Spiel mit der Zukunft.

aktuell: Laut Pressestelle der UDE liegt die Plagiatszahl bei Haus- und Abschlussarbeiten im niedrigen einstelligen Bereich. Ist das realistisch oder können Studierende einfach gut tricksen?

Dieter K.: Dass die Zahl tatsächlich so niedrig ist wie die Pressestelle angibt, bezweifle ich doch stark. Es wird eine riesige Dunkelziffer geben. Studierende sind ja nicht dumm. Dozenten lassen sich zwar viel einfallen, um diese Vorfälle aufzudecken, doch lassen sich auch Studierende immer neue Tricks einfallen. Wenn ich meine eigene Arbeit mehrmals abgebe, fällt es in der Regel ja niemandem auf und es handelt sich um kein Plagiat.

aktuell: Hast du schon mal einen fremden Text abgegeben und wenn ja, warum?

Dieter K.: Das muss ich leider mit einem Ja beantworten. Ich habe einmal eine Arbeit von einem Kommilitonen abgegeben, der so nett war sie mir zu geben. Neben Zeitgründen muss ich auch sagen, dass meine wissenschaftlichen Fähigkeiten eher im mittelmäßigen Bereich liegen. Und der Kollege, der mir die Arbeit zur Verfügung gestellt hat, sehr gute sprachliche Kenntnisse hat und sich durch seine Versiertheit im wissenschaftlichen Arbeiten auszeichnet. Da war ich echt froh, denn dadurch hatte ich eine viel höhere Chance auf eine gute Note. Die sind in unserer Ellbogen-gesellschaft ja immer sehr wichtig.

aktuell: Also denkst du, dass Studierende fremde Texte eher aus Zeitdruck als ihre eigenen ausgeben, als aus Faulheit oder anderen Gründen?

Dieter K.: Das resultiert meiner Meinung nach vor allem daraus, dass der Workload in der Uni schlicht und ergreifend zu hoch ist. Man erwartet sehr viel von Studierenden, gibt ihnen aber sehr wenig dafür. Ein Großteil der Eltern im Ruhrgebiet kann es sich nicht leisten, ihre Kinder voll zu unterstützen. Das heißt, dass viele Studierende mindestens zehn Stunden pro Woche arbeiten müssen, um sich den Lebensunterhalt zu finanzieren. Dazu müssen sie noch um die 40 Textseiten pro Seminar lesen und am Ende Hausarbeiten verfassen,

um im schlimmsten Fall nur eine unbenotete Studienleistung verbucht zu bekommen. Das ist natürlich kein ausgeglichenes System.

aktuell: Was muss getan werden, damit Studierende nicht auf die Leistungen anderer zurückgreifen?

Dieter K.: Damit Studierende nicht mehr auf fremde Texte zurückgreifen und diese als ihre eigenen verkaufen, muss die Universität studentenfreundlicher werden. Sie muss dafür sorgen, dass ihre Systeme flexibilisiert werden und dass sie Studierenden auch zeitlich ermöglicht, nebenbei arbeiten zu gehen. Das Studium muss der Realität angepasst werden. Bei mir ist es häufig so, dass ich morgens sechs Stunden arbeiten gehe und anschließend noch mal sechs Stunden in die Uni gehe. Und irgendwann ist es einfach zu viel. Dann will man einfach nicht mehr.

Gerade bei Lehramtsstudierenden gibt es ein Problem: Man hat das Referendariat um ein halbes Jahr verkürzt und dies im Rahmen des Studiums verlagert – die Phase nennt sich Praxissemester. Eigentlich handelt es sich dabei um eine sinnvolle Sache, da man früher Erfahrungen in der Lehrtätigkeit sammelt. Aber was die schlaunen Leute, die das Lehramtsstudium dahingehend geändert haben, nicht bedacht haben, ist, dass man im Referendariat Geld verdient und nicht auf einen Nebenjob angewiesen ist. Währenddessen bekommen Studierende im Praxissemester kein Geld, obwohl sie zum Teil das gleiche leisten wie Referendare. Hinzu kommt, dass viele parallel zum Praxissemester arbeiten müssen. Das ist unausgewogen. Meiner Meinung nach sollte die Uni ihre Anforderungen etwas herunterschrauben. Dazu sollte es mehr Bezuschussungen und Stipendien geben, so dass Studierende wirklich entlastet werden.

** Name von der Redaktion geändert*



Immer mehr Studierende lassen ihre Haus- und Abschlussarbeiten für sich schreiben. (Foto: fro)

Die Woche der Wahrheit(en)



Nach der Wahl zum Studierendenparlament entscheidet sich auch, wer den neuen AStA stellt. (Foto: dpe)

In der Woche vom 27. November bis 1. Dezember wird das neue Studierendenparlament (StuPa) der Universität Duisburg-Essen (UDE) gewählt. Sieben Listen treten dieses Mal zur Wahl an. Wir haben sie gefragt, wie ihre Positionen in den Punkten Mobilität, Anwesenheitspflicht, Studiengebühren für Nicht-EU-Bürger*innen, Uni-Portale, Wohnen, Kultur und Beitragserhöhung aussehen.

In der letzten Wahlperiode hat das StuPa beschlossen, mit dem Fahrradverleih Nextbike zu kooperieren. Dennoch stehen bei der Mobilität einige Punkte aus. Insbesondere das Semesterticket auf dem Smartphone sorgt für Chaos. Die Listen sind sich einig, dass es zurück auf die Chipkarte soll. Dafür wollen sich alle in der kommenden Wahlperiode intensiv einsetzen, wie sie auf Anfrage der aktuell mitteilen.

Die Grüne Hochschulgruppe (GHG) sieht bei der Mobilität aber auch „die Städte in der Pflicht, bessere Mobilitätsbedingungen, insbesondere im Radverkehr zu schaffen“. Hingegen will die Internationale Liste (IL) die „Optimierung des Shuttlebusses zwischen den beiden Campi“, also eine längere Taktung und an die Veranstaltungen angepasste Abfahrtszeiten erreichen. Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) will mit der Uni „über neue Parkplätze, mit der Stadt über mehr Fahrradwege, mit Metropolradruhr über mehr Fahrradstationen“ verhandeln. „Kommunale Aufgaben“ seien „sowohl die Zusammenarbeit mit Verkehrsgesellschaften, als auch mit Infrastrukturprojekten“, erklärt die Juso Hochschulgruppe (Jusos). Das StuPa habe darauf „wenig bis gar keinen Einfluss“.

Ziel der Linken Liste (LiLi) sei das Fortführen der Kooperation mit Nextbike. Sie ständen „für alternative Fortbewegungsmittel, statt für mehr Parkplätze“. Ganz anders äußert sich dazu die Liberale Hochschulgruppe (LHG): „Die schlechte Instandhaltung der Parkplätze, nicht barrierefreie Behindertenparkplätze [...] und eine mögliche Reduzierung des vorhandenen Parkraums“ wol-

len sie in den Fokus rücken. Die Unabhängigen Demokraten (UD) sagen, dass „die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs bzw. dessen Ausbau“ Vorrang habe. Aber auch Parkplätze sollten „ausgebaut und saniert werden“.

Zwischen Disziplin und Selbstbestimmung

Derweil liebäugelt NRW Wissenschaftsministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen (parteilos) mit der Wiedereinführung der Anwesenheitspflicht. Die GHG hält das nicht für zeitgemäß und findet: „Viele Studierende haben schlicht nicht die Möglichkeit, in dieser Regelmäßigkeit an Seminaren teilzunehmen, da sie arbeiten müssen, ehrenamtlich tätig sind, Angehörige pflegen, oder Kinder haben.“ Das sieht auch die IL so. Man wolle „nicht von der CDU und der FDP zur Anwesenheit gezwungen werden, sondern selbstbestimmt über unser Studium bestimmen“, erklärt sie.

Der RCDS steht der Anwesenheitspflicht „nicht gänzlich ablehnend gegenüber“. Sie fordern, „dass eine solche Pflicht nur in begründeten Fällen erlaubt ist.“ Ausnahmen müsse es für studierende Eltern oder Studierende in ähnlichen Lebenssituationen geben. „Entschieden gegen die Wiedereinführung der Anwesenheitspflicht einsetzen“, möchten sich die Jusos. Die Anwesenheitspflicht benachteilige „explizit finanziell schwächere Studierende“, erklärt sie. Das meint auch die LiLi. Mit Blick auf die Einführung von Studiengebühren für Nicht-EU-Bürger*innen sagt sie: „Müssen diese arbeiten gehen, um weiterhin studieren zu können, wird durch die Anwesenheitspflicht die Möglichkeit des Nebenerwerbs und so des Studiums verbaut.“

Nach Ansicht der LHG existiere die Anwesenheitspflicht „trotz ihrer Abschaffung faktisch weiter“, da es oft keine Möglichkeit gebe im Nachhinein an die Lehrinhalte zu kommen. Sie fordere deshalb, „dass die technischen Möglichkeiten genutzt werden, um Lehrinhalte online zugänglich machen.“ Die UD wollen mit anderen Studierendenvertretungen den Dialog zur Wissenschafts-

ministerin suchen. Die Liste sieht in der freien Studiengestaltung das höchste Gut der Universität, sagt aber andererseits die Anwesenheitspflicht könne auch zu höherer Disziplin führen und zieht ähnlich wie der RCDS ein „Misch-Modell“ in Erwägung.

Mehrheit gegen Studiengebühren

Mit der NRW-Regierungsübernahme von CDU und FDP, stehen auch Studiengebühren für Nicht-EU-Bürger*innen im Raum. Die GHG betont, sie habe „bereits in der vergangenen Wahlperiode einen Antrag eingebracht, mit dem wir uns gegen diese diskriminierenden Studiengebühren positioniert haben.“ So sieht das auch die IL, die findet, dass das „Konzept der Studiengebühren zutiefst rassistisch“ sei. Es schränke die Attraktivität der Universität für internationale Studierende ein.

Der RCDS lehnt „solche unsolidarischen Studiengebühren, die nur eine bestimmte Gruppe betreffen“ ab, betont aber, dass ihre „Parlamentarier immer noch frei in einer entsprechenden Abstimmung“ seien. Hingegen sehen sich die Jusos dem „Grundsatz ‚gute und kostenlose Bildung für alle‘ verpflichtet, der ‚auch für Nicht-EU-Ausländer‘ gelte. Auch die LiLi stellt sich „eindeutig gegen Studiengebühren“. Vor allem Menschen mit wenig Geld werde ein Studium unmöglich gemacht, während Studis aus reichen Familien bevorzugt würden, meinen sie. Vage bleibt die LHG, die die Möglichkeiten des StuPas in die Landespolitik eingzugreifen für „mehr als begrenzt“ hält. Die UD halten Studiengebühren „für das falsche Signal.“ Gänzlich ablehnen wolle man die Pläne allerdings nicht. Sie bevorzugen, „wenn jede Uni selber entscheiden dürfe, ob sie Gebühren bezieht.“

Frust im Anmeldeportal

Zuletzt sorgte auf Seiten der Studierenden die Umstellung der Prüfungsanmeldung für Frust (aktuell berichtete). IL und UD setzen hier auf bessere Aufklärung der Studierenden. „Die Aufgabe der Studierendenschaft liegt darin, den Studierenden in Zusammenarbeit mit den Fachschaften die Portale so gut wie möglich zu erklären“, sagt die IL, verweist aber darauf, dass es bewusst so sei, dass es mehrere Anmeldeportale gebe. Hingegen würden die UD „seit Jahren zentrale Übersichten von Fakultäten, Fachschaften, Veranstaltungen und Prüfungsmodalitäten“ fordern. Ein weiteres Ziel sei eine Meldestelle für Probleme von „Menschen mit Behinderungen, [...] für sehbehinderte Personen, für die es schon schwierig ist, PDF-Dokumente oder JPEG-Bilder zu lesen“.

Auch die anderen Listen fordern langfristig eine Umstrukturierung der bisherigen Portale. „Ein einheitliches Anmeldesystem für Prüfungen sollte das Ziel der Universitätsverwaltung sein“, erklärt die LHG. Auch der RCDS will sich für eine „effiziente und benutzerfreundliche Rundumlösung“ einsetzen. Die LiLi sieht, wie der RCDS, nur eine geringe Einflussmöglichkeit als Studierendenschaft. Sie hebt deswegen ihre Arbeit in der

Kommission für Lehre, Studium und Weiterbildung hervor: „Dort können in Zusammenarbeit mit den entscheidenden Instanzen Probleme angesprochen und Konzepte erarbeitet werden.“ Die Jusos fordern im Gegensatz zu LHG und RCDS kein einheitliches Anmeldesystem, schlagen aber vor, „die Uni dazu anzuregen, veraltete Supports auf der Website zu überarbeiten.“ Für die GHG steht im Fokus, dass es eine funktionierende Übergangslösung gebe, „die bei eventuellen Problemen Studierende davor schützt, die Prüfung nicht wahrnehmen zu können.“

Pendleruni UDE

Ein weiterer Aspekt, an dem sich wohl nur langfristig etwas ändern wird, sind die vielen Pendler*innen an der Uni. Duisburg und Essen gelten nicht als Wohlfühloasen und Wohnheimplätze sind teuer – darunter leidet das Klima. Die Wohnheime sind für viele Listen deswegen ein erster Ansatzpunkt, um Studierende näher an die Campusse zu locken. IL, GHG, RCDS und UD fordern vom Studierendenwerk, günstigen Wohnraum anzubieten und von Mieterhöhungen abzusehen.

LiLi und RCDS sehen auch Kooperationen wie zuletzt das Kulturticket als Möglichkeit, das studentische Leben attraktiver zu machen. Beide Listen sind sich einig: Als nächstes soll das auch in Duisburg realisiert werden. GHG, LiLi, UD und Jusos haben auch Pläne für mehr Leben auf den Campussen. Während die GHG Wasserspender, besseres WLAN, ein verbessertes veganes Angebot in den Mensen und mehr studentische Freiräume, wie auch die LiLi, fordert, möchten die Jusos mit den Rücklagen des AStAs, „nötige Investitionen, wie die Renovierung des AStA-Kellers, in Angriff nehmen.“

Renoviert werden soll nach Wünschen der UD auch das Kunst- und Kulturcafé am Essener Campus. Außerdem soll mehr Geld in politische Bildung und Kulturangebote direkt am Campus gesteckt, statt in „campusferne und radikale Gruppen“ investiert werden. Die LiLi sieht hingegen in der Förderung emanzipatorischer Gruppen eine Möglichkeit, „das tolerante Miteinander zu fördern und so ein attraktives Stadtleben“ zu unterstützen. Die LHG sieht sich als einzige Liste nicht in der Verantwortung, aus der UDE eine Bleibeuni zu machen und erklärt: „Wer sich in Essen oder Duisburg nicht wohlfühlt, sollte sich kommunalpolitisch engagieren und nicht hochschulpolitisch.“

Beitragserhöhung bald notwendig?

Mit Nextbike und dem Kulturticket wurden



Insgesamt sieben Listen treten zur Wahl des Studierendenparlaments an. (Grafik: dav)

für Studierende in jüngster Zeit zwei Zusatzangebote geschaffen, die sich im Geldbeutel der Studierendenschaft bemerkbar machen. Auf der vergangenen AStA-Sitzung wurde deswegen bereits eine Erhöhung des AStA-Beitrags diskutiert. IL, RCDS, LHG und UD sprechen sich aus verschiedenen Gründen dagegen aus. Die IL kritisiert die „massive Verschwendung von Geldern“ für „antideutsche Veranstaltungen und Projekte.“ Eine konkrete Veranstaltung benennt die IL nicht. Auch der RCDS will „den Haushalt ohne eine Erhöhung des AStA-Beitrags und ohne wahrnehmbare Einbußen im Service-Angebot stabilisieren.“ Dafür solle für Nextbike beispielsweise ein eigener zweckgebundener Betrag erhoben werden. Dem Wunsch, Nextbike und Kulturticket zu erhalten, schließen sich auch die UD an. Sie finden, wie die IL, dass die bisherige Veranstaltungspolitik unnötige Kosten verursache.

Nicht so positiv steht die LHG den aktuellen Angeboten entgegen. Diese sollen evaluiert werden, „um ein bedarfsgerechtes Angebot zu schaffen und den Semesterbeitrag auf einem sozialverträglichen Niveau zu halten.“ Anders könne der Semesterbeitrag langfristig nicht unter 300 Euro gehalten werden. Allerdings werden die steigenden Preise für das Semesterticket ohnehin die 300 Euro-Grenze in den nächsten Semestern überschreiten.

LiLi, GHG und Jusos sehen langfristig keinen anderen Weg als eine Erhöhung des AStA-Beitrags von 13 Euro auf den NRW-Durchschnitt von 15 Euro. Die Erhöhung sei einem Inflationsausgleich gleichzusetzen, da der Beitrag seit Jahren nicht angepasst wurde, so die LiLi. „Der AStA-Beitrag darf einerseits nicht unkontrolliert steigen, andererseits sind Verluste von rund 240.000 Euro, die dem AStA im kommenden Semester drohen, kein haltbarer Zustand“, erklären auch die Jusos. [dpe/dav]

Bilden

Was tun gegen die AfD?



Die Gruppe Crème Critique lädt zu einer Podiumsveranstaltung ein, bei der über die Ursachen für den Erfolg der AfD in den letzten Jahren gesprochen werden soll und warum dieser nicht verhindert werden konnte. Tagesaktuell soll darüber diskutiert werden, welche Veränderungen man in nächster Zeit durch den Einzug der AfD in den Bundestag erwarten muss.

↗ **Freitag, 24. November, 19:30 Uhr, offenes Antifa-Café, Auerstraße 51, Mühlheim, Eintritt frei**

Ballern

Mit Hut zur Party

Es is soweit! Voller Stolz präsentiert der Fachschaftsrat Geschichte der RUB die legendäre Hutparty! Dieses Jahr in neuer Lokation und unter dem Motto: „Schlüpft in eure Kronen“. Die Idee ist einfach: Fühlt euch royal. Zieht eure Lieblingskrone an, euren liebsten Hut oder einfach nur die königliche Mütze, die ihr finden könnt, um einen Graticocktail zu erhalten. Für Musik sorgt das DJ-Team der beliebten Trompeten-Partyreihe ALIVE.

↗ **Freitag, 24. November, ab 22 Uhr, Trompete, Viktoriastraße 45, Bochum, Eintritt 3 Euro**

Beteiligen

Gegen Frauengewalt

Frauen* und Mädchen* aus Köln und Umgebung sind dazu aufgerufen, sich phantasievoll und bunt, einzeln oder in Gruppen an diesem Marsch zu beteiligen. Das Bündnis Lila ruft dazu auf, durch die Innenstadt bis zum Hans-Böckler-Platz zu ziehen. Dort findet gegen 20 Uhr die Abschlusskundgebung statt. Während des Marschs gibt es verschiedene Rede und- Musikbeiträge, am Anschluss an die Demo findet die Frauen*Party zugunsten von Frauen helfen Frauen Köln e.V. statt.

↗ **Samstag, 25. November, 18 Uhr, Bahnhofsvorplatz, Köln**

"Ein kulinarisches Abbild von Marxloh aus Kindersicht"

Man nehme eine Gruppe Kinder aus einem Stadtteil, füge eine Künstlerin hinzu sowie eine große Portion Vereinseingagement – et voilà, heraus kommt ein besonderes Kochbuch! Zunächst muss das Projekt jedoch ein wenig ruhen und auf die Crowdfunding-Finanzierung warten – erst nach dem 30. November geht es in den Ofen, beziehungsweise in den Druck. Die hungrigen Leser*innen erwartet ein aromatisches Potpourri von Rezepten aus Afghanistan, der Türkei, Syrien, Bulgarien, Deutschland, Ghana und vielen weiteren Ländern.

Frauke Frech ist Künstlerin und kam 2016 das erste Mal nach Marxloh, um an ihrem Projekt ‚Mein ganz privates Deutschland‘ weiterzuarbeiten, für welches sie seit 2013 Lebensgeschichten sammelt. Duisburg-Marxloh war ihre vorerst letzte Station und vor Ort kam sie mit dem Verein Tausche Bildung für Wohnen in Kontakt. „Das Ganze kam durch das Zusammenspiel von der Frage nach ‚Was ist Armut und was ist Reichtum?‘. Aufmerksam wurde ich auf Marxloh durch den Besuch der Kanzlerin und habe mich dann auch damit befasst, was es eigentlich bedeutet, gesamtgesellschaftlich Verantwortung zu übernehmen und was das auch im Bildungskontext heißt“, fasst Frech ihren Ausgangspunkt zusammen.

2016 startete das Projekt. Es wurde ein Garten hinter dem Vereinshaus angelegt, Frech knüpfte weitere Kontakte: „Ich wollte versuchen, Menschen aus einer naheliegenden Kleingartenanlage einzuladen, etwas von ihrem Wissen über die Natur und wie man Pflanzen anbaut und pflegt an die Kinder weiterzugeben.“ Durch Aushänge in Schulen wurde auf das Projekt aufmerksam gemacht, schließlich beteiligten sich rund 25 Kinder im Vorschulalter bis hin zu jungen Teenagern. 2017 stand in den Osterferien das Säen und Pflanzen an, während der Sommerferien wurde geerntet und Rezeptsammlungen angelegt. Es folgte das gemeinsame Kochen der Ausbeute und bald soll das Kochbuch *Mmmhh Marxloh – Leckereien vom Mekka am Rhein* erscheinen, das neben der Projektdokumentation auch eine Geschichte vom 15-jährigen Edrees aus Afghanistan und 19 Kochrezepte enthalten wird.

Welche Zutaten braucht Inklusion?

Die Auswahl wurde laut Frech durch Saatgutspender*innen bereitgestellt. Dementsprechend wurden die Hochbeete und Flächen angepasst und bestückt. „Nachher muss man schon auch gestehen: Man fängt die Gartenarbeit an, aber es geht auch das ein oder andere schief. Es war auch für die Garten AG die erste Saison. Es ist nicht alles gediehen“, fasst Frech die Hochs und Tiefs lachend zusammen.

Geerntet werden konnten schließlich Kar-

toffeln, Zwiebeln, Mangold und Tomaten. Manche Zutaten wurden hinzu gekauft. Das Wichtige sei jedoch gewesen, dass die Kinder erleben, wie aus einem Saatkorn eine Pflanze und daraus ein Gericht wird. „Andererseits ging es um die Dokumentation, die Food-Fotografie, dann auch selbst zu zeichnen, kurze Texte zu schreiben. Quasi kindgerecht diese ganzen Aufgaben – die so ein Buch machen mit sich bringt – an sie heranzuführen, nachher zu Layouten und für jedermann, für jede Frau, so ein kulinarisches Abbild von Marxloh aus Kindersicht herauszubringen“, erläutert Frech.

Von den Kindern habe sie gelernt, dass im gemeinsamen Spiel eine universell verständliche Sprache liege: „Und dass auch in dieser Ausgelassenheit ganz schnell Vorbehalte vergessen sind – nicht unbedingt meine Vorbehalte, aber auch das, was sich zwischen den verschiedenen Gruppen aufgebaut hat.“ Die Vielfalt an Lebensentwürfen und ihr Nebeneinander, das hat sie zu schätzen gelernt – aber auch die Notwendigkeit, manchmal Grenzen aufzuzeigen.

Gärtnern, Fotografieren, Kochen, Texte schreiben – durch das Projekt konnten die Kinder einiges ausprobieren. Doch durch die Zusammenarbeit mit der Künstlerin ist vielleicht noch mehr in ihren Köpfen passiert: „Ich glaube, dass ich ihnen ein Vorbild sein konnte im Hinblick darauf, dass ich als Frau ein selbstbestimmtes Leben lebe und da auch meinen Visionen ganz treu bin. Und das ist natürlich nicht unbedingt ein Frauenbild, was ihnen alle Nase lang im Alltag entgegenläuft. Das sind ja eher so ganz geregelte Bahnen: Heiraten, ordentlichen Beruf lernen, Familie“, so Frech. Sie hofft, dass die Kinder die (Un)Ausweichlichkeit ihres eigenen Werdegangs hinterfragen – „wenn ich das wenigstens bei einem Kind erreicht habe, dann bin ich erfolgreich gewesen.“

Mit Bildung gegen Vorurteile

Mehr Möglichkeiten, Förderung und neue Perspektiven – dafür setzt sich auch der Verein Tausche Bildung für Wohnen ein. „Ziel des Vereins ist es, Kindern – mehrheitlich mit Migrationshintergrund und zunehmend mit Fluchtgeschichte – ein verlässlicher Partner in der Bewältigung schulischer, sprachlicher, familiärer und gesellschaftlicher Herausforderungen zu sein“, erläutert Vorstandsassistent René Krüger. Er hat selbst beim Projekt tatkräftig geholfen: „Hochbeete und Kräutertreppe mitgebaut, Setzlinge eingepflanzt, geerntet

und für die Kinder und das Team gekocht.

Durch den Verein können sich junge Menschen als Bildungspat*innen um Kinder aus dem Stadtteil kümmern und im Gegenzug dort kostenlos wohnen. Die Kinder können die TauschBar und das Stadtteilkinderzimmer besuchen, wo sie betreut spielen und lernen. „Marxloh wird häufig entweder dämonisiert oder schöngefärbt. Wir bemühen uns, einen differenzierten Blick auf Marxloh zu werfen, das heißt die Probleme nicht wegzureden, aber eben auch auf die positiven Seiten hinzuwei-



Frauke Frech bei der Tauschbar vom Verein Tausche Bildung für Wohnen in Duisburg-Marxloh. (Foto: Angelika Wiescholke)

sen“, so Krüger. Das fange für ihn schon bei der Sprache an. Deshalb verwendet der Verein nicht den Begriff sozial benachteiligte Kinder, sondern redet von benachteiligten Kindern: „Wie wir täglich erleben, sind die Kinder im Stadtteil sozial hochkompetent. Teilweise sprechen sie mehrere Sprachen oder haben mindestens die Anlage und das Potenzial dazu.“

Das Kochbuch wird voraussichtlich bis Weihnachten fertig sein. Weitere gemeinsame Projekte der Künstlerin und des Vereins sind in der Planung: „Wir wollen jetzt erstmal bis Anfang des nächsten Jahres schauen, was so die Ideen und Bedürfnisse sind. Was der Garten braucht und was die Kinder an Feedback gegeben haben“, so Frech. [lenz]

Zur Crowdfunding-Kampagne für das Kochbuch geht es hier: <https://www.startnext.com/leckereien-vom-mekka-am-rhein>. Mehr zu Frauke Frechs Arbeit und weiteren Projekten wie etwa »Grand Beauty on Tour« erfahrt ihr auf fraudefrech.com. Und wer sich in Marxloh engagieren möchte, findet Infos dazu auf dieser Seite: <http://tausche-bildung-fuer-wohnen.org>.

Eine Ärztin im Auftrag der Aufklärung



Selbstbestimmt über den Körper entscheiden. Ärztin Kristina Hänel setzt sich für Informationsfreiheit im Bezug auf Abtreibungen ein. (Symbolbild: Sarah Buddeberg/flickr.com, CC BY-NC-ND 2.0)

Mehrfach wurde sie schon von Abtreibungsgegner*innen angezeigt, die Verfahren jedoch immer wieder eingestellt. Ab dem 24. November muss sich Allgemeinmedizinerin Kristina Hänel erneut vor dem Gießener Amtsgericht verantworten. Der Grund: Sie bietet auf der Homepage ihrer Arztpraxis Informationen zu Schwangerschaftsabbrüchen an. Für ihre Gegner*innen ist das ein Verstoß gegen den Paragraphen 219a des Strafgesetzbuches (StGB), der Werbung für Abtreibungen untersagt. In der NS-Zeit diente er aber vor allem zur Kriminalisierung jüdischer Ärzte, so Hänel.

Bereits über 70.000 Personen haben die Petition von Hänel auf change.org unterschrieben, die sich an den Deutschen Bundestag richtet und ein Informationsrecht fordert, das Frauen ermöglicht, sich auch im Internet bei Ärzt*innen über Schwangerschaftsabbrüche zu informieren. Des Weiteren gründete Kersten Artus den Blog solidaritaetfuerkristinahaenel.wordpress.com, mehrere Ärzt*innen veröffentlichten einen offenen Brief, um ihrer Solidarität Ausdruck zu verleihen und bitten ihre Kolleg*innen sich anzuschließen. Außerdem ist am 24. November eine Kundgebung vor dem Gießener Amtsgericht geplant. Hänel selbst zeigt sich beeindruckt von den Rückmeldungen, die sie erhält. Sie bekomme „täglich noch circa 50 und mehr E-Mails, die sehr unterschiedliche Aspekte der Thematik berühren“ und „sehr viele, auch persönliche Angebote der Unterstützung“. Daher zeige sich auch, „dass ich einen längst überfälligen Prozess angestoßen habe“, meint Hänel optimistisch und glaubt, dass die Chancen auf eine Änderung der bisherigen Regelung zu Schwangerschaftsabbrüchen gut stünden.

Werbung oder Recht auf Information?

Wie viele Mediziner*innen listet auch sie auf ihrer Homepage auf, was zu ihrem Leistungsspek-

trum gehört. Unter anderem findet sich dort das Angebot, Informationen zu Schwangerschaftsabbrüchen auf Deutsch, Englisch oder Türkisch per E-Mail zu erhalten. Die Ärztin erklärt: „Mir ging es primär darum, Frauen zu informieren. Ich kläre über Risiken und Nebenwirkungen auf, erkläre die verschiedenen Methoden und welche Voraussetzungen die Frauen für einen rechtmäßigen Schwangerschaftsabbruch benötigen.“

Warum sie als Allgemeinmedizinerin darin einen Teil ihrer Aufgabe sieht, liege daran, dass, als sie „begann Abbrüche zu machen, in Gießen keine Gynäkologinnen oder Gynäkologen bereit waren, Abbrüche durchzuführen“. Sie sehe den Menschen in seinem gesamten Lebensumfeld: „Mich interessiert der ganze Mensch und die ganze Familie.“

In Deutschland sind durch den Paragraphen 218 STGB Schwangerschaftsabbrüche nur in Ausnahmen straffrei. Eine davon stellt die Beratungsregelung dar. Hiernach muss die Frau zunächst einen Termin in einer Schwangerschaftskonfliktberatungsstelle machen und sich über das Gespräch eine Bescheinigung ausstellen lassen, ehe durch eine*n Ärzt*in der Abbruch (frühestens drei Tage nach Beratung) innerhalb der ersten zwölf Wochen der Schwangerschaft erfolgen kann.

Ein Paragraph aus der NS-Zeit

Hänels Kritik an dieser Praxis lautet, dass sich – anders als in anderen Bereichen – Betroffene nicht ausreichend im Internet informieren könnten und stattdessen „darauf angewiesen [seien], über die Ärzteschaft oder die Beratungsstellen Adressen zu erhalten. Sie können nicht selbst entscheiden, wo sie hingehen. Diese Punkte berühren das Informationsrecht und die freie Arztwahl“. Damit sich Frauen unabhängig und umfangreich beraten lassen können und damit es keinen Konflikt mit der Informationsfreiheit gibt, müsse der Paragraph 219a StGB mindestens verändert, wenn nicht sogar

abgeschafft werden.

In ihrer Petition erklärt Hänel, dass es sich bei Paragraph 219a, „um einen Strafrechtsparagraphen aus dem Jahr 1933 [handelt], der ursprünglich geschaffen wurde, um unter anderem jüdische Ärzte zu kriminalisieren und ein Klima zu schaffen, in dem letztlich dann 1943 die Strafrechtsnorm nach eugenischen und bevölkerungspolitischen Gesichtspunkten umstrukturiert wurde.“ Zudem führe der dadurch entstehende Mangel an Informationen im Internet dazu, dass „Frauen regelhaft auf die Seiten der Abtreibungsgegner geraten, die diffamierend, verletzend und geschmacklos sind“. Dazu gehört etwa die „Initiative Nie Wieder!“, betrieben durch Klaus Günter Annen. Sie bezeichnet Abtreibungen in Deutschland als „Massenmord“ und Steigerungsform des Holocausts, relativiert letzteren damit und bedient sich mit Begriffen wie „Babycaust“ christlich-fundamentalistischer Hetze.

Weltweit, so gibt Hänel an, unterziehe sich aktuell „jede zweite Frau mindestens einmal in ihrem Leben“ einem Schwangerschaftsabbruch. In Deutschland sei es jede vierte Frau. Hänel führt an, dass es sich bei Abtreibungen somit um den häufigsten medizinischen Eingriff handle. Der Ortsverband Duisburg e. V. von profamilia, eine der offiziellen Schwangerschaftskonfliktberatungen, gibt an, dass im Jahr 2016 insgesamt 721 Frauen und ein Mann ihre Beratung in Anspruch genommen haben. Gleichzeitig wird aber darauf hingewiesen, dass sich längst nicht jede Frau nach der Beratung gegen ein Kind entscheide. Die Gründe, wegen derer Betroffene einen Abbruch in Erwägung ziehen sind – nach Häufigkeit gelistet – unter anderem die finanzielle Lage, die berufliche Situation, eine abgeschlossene Familienplanung oder die körperliche und psychische Verfassung.

Die Bundesregierung in der Pflicht

Politische Parteien warben bereits zur Bundestagswahl damit, die Rechte der Frauen damit stärken zu wollen die Paragraphen 218 und 219 aus dem Strafgesetzbuch zu streichen und Schwangerschaftsabbrüche somit straffrei zu machen. Nun schrieb die Linken-Bundestagsabgeordnete Cornelia Möhring am 26. Oktober zum Vorwurf der Werbung für Schwangerschaftsabbrüche wegen der von Hänel angebotenen Informationen: „Das ist kein Verbrechen, sondern medizinische Aufklärung! Schluss mit dieser Kriminalisierung, mindestens der §219a muss weg!“

Um die Situation für Betroffene zu verbessern, wünscht sich Hänel von der Bundesregierung, dass „Frauen, die einen Abbruch brauchen und sich ohnehin in einer extrem schwierigen Lage befinden, angemessene Informationen erhalten und Zugang zu medizinisch korrekt durchgeführten Eingriffen. Das geht nicht mit dem bestehenden §219a in seiner jetzigen Fassung.“ [caro]

Das Zeitalter der Nachhaltigkeit

„Wir sind auf dem richtigen Weg in ein neues Zeitalter der Nachhaltigkeit“, behauptete NRW-Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) bei der Klimakonferenz in Bonn. Seine Partei und die FDP stimmten schon 2013 gegen einen gesonderten NRW-Klimaschutzplan, auch die Afd nannte ihn jüngst in einem Gesetzentwurf „überflüssig“.

Die Parteien zeigen sich ignorant: Ob der rot-grüne NRW-Klimaschutzplan überhaupt gereicht hätte, um das Pariser Abkommen im Industriegeprägten NRW umzusetzen, wurde nicht geprüft. Und jetzt soll er verworfen werden. Das „Zeitalter der Nachhaltigkeit“ wirkt ironisch angesichts der fehlenden Maßnahmen. 2017, in einer Zeit, in der Klimawandel noch begrenzt werden kann, haben die Parteien nichts Besseres vor, als mit der Braunkohlelobby zu koalieren. Ob mit schwachem NRW-Plan oder nicht, uns erwartet wohl eine düstere Zeit.

Zukunftsvision

November 2050. Es ist warm, und es stürmt in Deutschland. Massenhaft Vögel kreisen kreisend über der Stadt. Sauberes Wasser gibt es in (Plastik-)Flaschen, teuer mit Filtersystemen aufbereitet, aus den Hähnen kräht nur Gölle und die Flüsse, die regelmäßig überlaufen, leuchten vor Gift. Reiche duschen mit Flaschenwasser, die anderen fangen den sauren Regen auf. Zur Uni muss man immer noch, in neuer Mode aus Armee-Schutzkleidung, mit riesigen Kapuzen und integriertem Mundschutz. Wer sich nicht durch die Feinstaubwolken der heftigen Winde kämpfen will, hofft, dass irgendeine Bahn bei dem Sturm fährt oder man einen Gelände-Segway geliehen bekommt. Infrastruktur? Dieselbe wie heute. Hin geht es am leichtesten im Elektroauto, am billigsten mit Braunkohleenergie geladen. Im NRW-Klimaschutzplan steht nämlich: „Technologien zur wesentlichen Minderung von Treibhausgasemissionen [werden] dann möglich sein, wenn Unternehmen mit energieintensiven Produktionsprozessen weiterhin wettbewerbsfähig bleiben“. RWEs Aktien sind 2050 immer noch stabil, im Gegensatz zur Temperatur.

100 Millionen Euro für den NRW-Klimaschutz

und die Folgenanpassung wurden in Strom-Wärme-Kopplungen und andere halbherzige Technologien gesteckt, weitere graue Blöcke, die es richten sollen, aus dem Boden gestampft. Klima-Geflüchtete und Arbeitslose bestäuben als Ein-Euro-Job die Blumen per Hand; Eine Bewegung erkämpfte 2037 gloriös das Recht auf betonierte Moosstationen, alle hundert Meter in der Innenstadt. Man erstickt, trotz Moos, fast beim Atmen. Die Luft ist schwül vom vielen Niederschlag, vom Methan und CO₂ erhitzt. Alle großen Gebäude außer dem Arbeitsamt sind mit einer Glaskuppel umringt, temperiert und mit Systemen ausgestattet, die innen die Sauerstoffpartikelkonzentration auf den Stand von 1990 bringen. Man betritt die Gebäude mit Fingerabdruck durch mehrere Filterstationen am Eingang und in der Mensa gibt es auch 2050 noch Rind, „stickstoffoptimiert“ gefüttert.

Nachhaltigkeit verbleibt als Versprechen, da-



In Bonn wurde für Klimaschutz demonstriert. (foto: lys)

für hat, wie im Klimaschutzplan verankert, „das NRW-Umwelt- und -Wirtschaftsministerium [...] eine Informationsoffensive zu Elementarschadensversicherungen gestartet“. Wer das Geld hat, ist rundum versichert, gegen Hochwasserschäden, Sturmverwüstung, Wetterextrem-bedingte Krankheitsfälle. Und auch gegen wirtschaftlichen Schaden, weil anhaltende Hitzeperioden zu Kühlwassermangel bei Kraftwerken und Industrieanlagen führen können. Wer das Geld hat, besitzt eines dieser neuartigen Gesichtsgläser, ein Goldfischglas das man auf den Kopf zieht, um sich, wo man geht und steht, hinreichend Sauerstoff zuzuführen. Der Rest hat Pech, und lebt mit den nachweislich schwindenden IQ-Punkten bei hoher Luftverschmutzung. Die Konsequenzen tragen ist was für arme Leute und bestimmt nichts für die Braunkohleindustrie. [lys]

HIRNAKROBATIK

	4	1	7			
	6				9	3
3			9	5		4
	2			4	3	
		4	3	8	5	
		8	5			1
	9			1	5	
4		3				2
				7	8	6

WOHNHEIMGESCHICHTEN



Impressum

Studentische Zeitung für Duisburg, Essen und das Ruhrgebiet

Herausgeber: AStA der Uni Duisburg-Essen, der Vorstand: Marcus Lamprecht u.a.

Projektkoordination: Redaktionsschwein Ferdi

Anschrift: aktuell, c/o AStA der Uni Duisburg-Essen, Universitätsstraße 2, 45141 Essen

Comic: Jennifer van de Sandt

Gestaltung: Alexander Bönninger

Redaktion dieser Ausgabe: Philipp Frohn (fro), Daniel Veutgen (dav), Sarah Dannehl (caro), Lea Sleiman (lys), Dennis Pesch (dpe), Lorenza Kaib (lenz), Mirjam Ratmann (rat), Julia Segantini (seg)

V.i.S.d.P.: Philipp Frohn (fro)

Auflage/Druck: 3.000 / Megadruck, Westerstedde

E-Mail: redaktion@akduell.de

Web: www.akduell.de